

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde.

...

„Das Marburger Bündnis „Nein zum Krieg!“ verurteilt die militärische Invasion Russlands in der Ukraine. Sie verletzt das UN-Gewaltverbot und ist durch nichts zu rechtfertigen. Das Gebot der Stunde heißt: Deeskalation, Rückzug des russischen Militärs und Rückkehr an den Verhandlungstisch.

Unsere Bundesregierung ist dringend aufgefordert, sich mit all ihrer Kraft für friedliche Lösungen des Konflikts einzusetzen. Auch wenn der Krieg den Schritt zu all dem schwieriger macht, muss eine Wiederaufnahme von Gesprächen auf allen Ebenen erreicht werden: von bilateralen Gesprächen über die OSZE, vom Europarat bis hin zum NATO-Russland-Rat – Institutionen, die angesichts des angeheizten Konfrontationsdiskurses in Politik und Medien weitgehend ausgeblendet und aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit verschwunden sind. Deeskalation, nicht weitere Aufrüstung ist das Gebot des Moments.

Es ist und bleibt eine Tatsache, dass es für den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands keine Rechtfertigung gibt. Doch können wir (der „Westen“) nicht die Augen davor verschließen, dass dieser Krieg eine lange Vorgeschichte hat und auf schlimme Weise das Scheitern auch unserer eigenen Politik vor Augen führt.

Wir müssen anerkennen, dass die massive Einmischung in den Bürgerkrieg in der Ukraine seit Jahren nicht zu Frieden geführt, sondern die Spannungen verstärkt und die Umsetzung des Minsker Abkommens zumindest nicht befördert hat.

Wir müssen es zur Kenntnis nehmen, dass die NATO gegen ihre eigene Zusicherung und gegen den Willen Russlands seit den 1990er Jahren ihre Grenzen immer weiter nach Osten verschoben und Militärbasen in unmittelbarer Reichweite des russischen Territoriums etabliert hat.

Und wir müssen uns – leider! – daran erinnern, dass es die NATO selbst ist, die über die Jahrzehnte hinweg mit völkerrechtswidrigen, weil ohne UN-Mandat geführten Angriffskriegen in Jugoslawien, in Afghanistan, im Irak, in Libyen und Syrien Präzedenzfälle geschaffen hat, die nicht

minder verurteilenswert sind als heute der Krieg Russlands gegen die Ukraine.

Meine Damen und Herren, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde: Es kann in keiner Weise darum gehen, die Fehler, gar die Verbrechen der einen gegen die der anderen Seite aufzurechnen.

Aber wir, die Zivilgesellschaft, wir, die wir die Kosten dieser Kriege tragen, wir sollten doch spätestens angesichts der erschütternden Vorgänge in der Ukraine die Abkehr von dieser destruktiven Konfrontationspolitik fordern.

Es ist nicht zuletzt die Friedensbewegung in der Ukraine selbst, die sich dringend gegen Waffenlieferungen und weitere Aufrüstung ausspricht. Waffen machen die Gesellschaft nicht sicherer, sondern gefährden und zerstören die Wege friedlichen Zusammenlebens.

Die unausgesetzte Aufrüstung verschlingt weltweit gigantische Summen von Geld, das wir in so vielen anderen Bereichen dringend brauchen.

Auch das hat ein Sprecher der ukrainischen Friedensbewegung, Yurii Sheljashenko, nochmals eindringlich bekräftigt: Wir brauchen kein Geld für Waffen! Wir brauchen es für Schulen, für Bildungseinrichtungen, für zivile Infrastruktur, für Krankenhäuser und Pflegepersonal, für Bücher und Schwimmbäder und Austauschprogramme.

Und wir, wir alle, brauchen es dringend, um dem galoppierenden Klimawandel, der durch Militär und Rüstung ebenfalls schwerwiegend vorangetrieben wird, zu begegnen. Der Abbau aller Atomwaffenarsenale, die das gesamte Leben auf unserem Planeten akut bedrohen, gehört zentral dazu.

Abrüstung statt Aufrüstung, Verhandlungen statt fortgesetzter Konfrontation, ehrliches Bemühen um multilaterale Zusammenarbeit für Rüstungsbegrenzung und Rüstungsabbau und für den Erhalt eines lebensfähigen Planeten sind das Gebot der Stunde.

Es sollte doch nicht dem Krieg geschuldet sein, wenn wir unsere Mitmenschen aus der Ukraine oder aus Russland persönlich

kennenlernen. Wir sollten es durch friedlichen Austausch, durch Jugendprogramme, Tourismus und Friedenstreffen tun.“

Unter diesem Gesichtspunkt sagen wir auch: Kulturpolitik, die sich heute in der Ausgrenzung von Künstlern, Wissenschaftlern und Sportlern aus der Russischen Föderation einen Namen macht, sollte wieder zum Instrument der Verständigung des Friedens werden.

Liebe Marburgerinnen, liebe Marburger.

Der einen oder dem anderen wird das, was ich gerade gesagt habe, vielleicht in Teilen bekannt vorkommen.

Und richtig:

Ich habe gerade Maximiliane Jäger-Gogoll aus ihrer Rede am 26.02. dieses Jahres, also 2 Tage nach Beginn des Krieges in der Ukraine, zitiert.

Sie hielt diesen Beitrag für das Bündnis „Nein zum Krieg!“ bei der „Mahnwache“ der Stadt vor dem Erwin-Piscator-Haus, wurde aber leider, als sie auf die NATO und das Minsker Abkommen zu sprechen kam, durch lautstarke Buh-Rufe gestört und musste ihre Rede schließlich als Reaktion unseres OB Spies abbrechen.

Zu allem, was sie gesagt hatte bzw. sagen wollte kann man nur sagen: Sie hatte recht!

Und bis heute gilt: Es muss endlich Schluss sein mit Tod, Leid und Zerstörung!

Es sind endlich ernsthaft Initiativen für Verhandlungen und die Beendigung des Krieges zu ergreifen.

Vorschläge hierfür gab es genug.

Ich erinnere an den italienischen Friedensplan im Mai, an den Vorschlag einer internationalen Arbeitsgruppe von WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen Anfang Juni und an die jüngste Initiative des sächsischen Ministerpräsidenten Kretschmer, auch wenn bei Kretschmer wohl eher wirtschaftspolitische Motive als humanitäre Erwägungen eine Rolle spielen.

Die Reaktionen des Westens hierauf: entweder gar keine oder sogar: scharfe Ablehnung!

Da passt es denn auch, dass Deutschland, wie auch andere westliche Staaten, Waffen an die Ukraine liefert.

Beidem, der Weigerung, ernsthaft Verhandlungen zu initiieren, und Waffen zu liefern, liegt offenkundig die Auffassung zugrunde, der Krieg müsse fortgesetzt werden, um irgendwann eine bessere Verhandlungsposition zu erreichen oder gar Russland zu besiegen. Der Tod und das Leid weiterer Tausender von Menschen werden damit sehenden Auges in Kauf genommen, als unwesentlicher „Kollateralschaden“ beiseitegeschoben.

Dieses Vorgehen ist menschenverachtend!

Das gilt auch für die Sanktionen des Westens.

Zumindest kurzfristig hat nicht Putin, nicht Russland den Schaden, sondern diejenigen, die die Sanktionen beschlossen und die darauffolgenden Reaktionen verursacht haben.

Russland ist immer noch in der Lage, z. B. aufgrund erhöhter Gaspreise und weiterhin ausreichender Verkaufsmengen den Krieg zu finanzieren.

In weiten Teilen der Welt jedoch, auch in den Staaten, die die Sanktionen durchführen, aber nicht nur dort, sind wesentlich stärkere Nachteile zu spüren.

Inflation und unzureichende Entlastungspakete, so sie denn überhaupt beschlossen werden, sind die Folge.

Auch bei uns in Deutschland.

Bereits vor dem Krieg befanden sich bei uns in Deutschland 14 Millionen Menschen in Armut. Sie trifft auch die Kinder. Selbst die Einschulung wird für sie und ihre Familien zum Problem. Die Eltern können notwendige Dinge in der erforderlichen Qualität nicht finanzieren, angefangen beim Schulranzen. Dies wird vielfach zu weiterer sozialer Ausgrenzung führen.

Wir alle sehen: Es droht eine noch stärkere soziale Schieflage!

Was mit dem 3. Entlastungspaket kommt, ist noch unklar.

Da streiten sich in der Koalition Befürworter eines sozialen Ausgleichs mit Verfechtern einer Entlastung aller, auch der Reichen.

„Empört euch!“ ist eine nachvollziehbare Einstellung und Forderung – wobei sicherlich aufgepasst werden muss, dass rechte Kräfte diese Situation nicht für sich ausnutzen und instrumentalisieren.

Es kann aber auch nicht sein, jeglichen Protest gleich in diese Ecke zu schieben.

Ganz im Gegenteil: Es bleibt unser Recht und unsere Pflicht gegenüber den Benachteiligten, gegen diese Missstände auf die Straße zu gehen!

Mehr noch: Nicht nur eine Übergewinnsteuer ist fällig, sondern auch schon längst die Wiedereinführung der Vermögenssteuer!

Umverteilung von oben nach unten, nicht umgekehrt, wie unser Finanzminister Lindner es will, ist das Gebot der Stunde!

Es ist Zeit für Protest! *[Deshalb möchte ich hier darauf hinweisen: Am nächsten Montag, dem 5.9. findet eine Demonstration gegen die Preissteigerungen statt. Sie beginnt um 18 Uhr am Marktplatz – Alle sind willkommen!]*

Was die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine, derzeit wohl rund 1 Millionen Menschen, betrifft, muss man allerdings der Bundesregierung ein gewisses Lob zollen.

Ob aufenthaltsrechtliche Bestimmungen oder Zugang zu Schulen oder dem Arbeitsmarkt: Die Bedingungen sind vergleichsweise nicht schlecht.

Nur: Wieso gilt das nicht auch für Flüchtlinge aus anderen Ländern? Sind sie keine Menschen, die Hilfe brauchen? Was macht den Unterschied aus?

Die ungleiche Behandlung muss beseitigt werden, und zwar im Sinne der Ausweitung der Regelungen für die Geflüchteten aus der Ukraine auf alle!

Dabei muss uns klar sein:

Wir, die Industrienationen, sind wesentlich verantwortlich für Situationen, die Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen.

Die kapitalistisch-industrielle Produktionsweise und die Ausplünderung von Rohstoffvorkommen sind zentrale Gründe für die weltweite Klimakrise bis hin zu Klimakatastrophen, eine der wichtigsten Fluchtgründe.

Hinzu kommen von uns diktierte ungerechte Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie die Zerstörung lokaler Märkte, die zu vermehrter Armut in weiten Teilen der Welt führen.

Nicht zuletzt werden auch lokale Konflikte für internationale Konflikte ausgenutzt wie z. B. in Syrien.

Flüchtlingen zu helfen ist also weniger ein Akt der „Menschenliebe“, sondern die Übernahme der Verantwortung für die Verursachung dieser Situation.

Abschließend möchte ich noch auf ein weiteres Problem hinweisen - auch, aber nicht nur, weil wir hier am Deserteur-Denkmal stehen.

DeserteurInnen und KriegsdienstverweigerInnen gehören zu den konsequentesten FriedensaktivistInnen.

Und: Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht!

Nun haben wir die Situation, dass KriegsdienstverweigerInnen und DeserteurInnen aus Russland, Belarus und der Ukraine bei uns und in anderen EU-Staaten aufgrund bürokratischer Hürden und Beweisanforderungen i. d. R. kein Asyl erhalten.

Deshalb wird ab dem 21.09., dem UN-Weltfriedenstag, europaweit eine Kampagne stattfinden unter dem Motto „Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus den am Krieg in der Ukraine beteiligten Staaten“. Die Unterschriftenlisten sollen am 10.12. dem EU-Parlament übergeben werden.

Unsere Bitte deshalb: Unterstützt diese Aktion!